

Bündnis für die Solidaritätsdemonstration für AntifaschistInnen in Russland und der Ukraine

Presseerklärung:

Solidarität mit AntifaschistInnen in Russland und der Ukraine! Aufruf zur Demonstration am 3.Juli 2009

Auftakt: 16:00 Ukrainische Botschaft, Albrechtstr. 26, Berlin-Mitte

Berlin, 2.7.2009

Zu einer Demonstration unter dem Titel „Antifaschismus ist kein Verbrechen - nirgends! Solidarität mit AntifaschistInnen in der Ukraine und Russland“ am Freitag, 3.Juli 2009, ab 16.00 ruft ein Bündnis aus linken antifaschistischen Gruppen auf. Die Protestaktion wird mit einer Auftaktkundgebung an der Ukrainischen Botschaft in der Albrechtstraße beginnen, und von dort zur nahe gelegenen Russischen Botschaft Unter den Linden gehen.

Wie das Bündnis mitteilte, ist der Anlass für die Demonstration die zunehmende Repression und Kriminalisierung antifaschistischer Gruppen und Einzelpersonen in den beiden Ländern.

In einer Erklärung der aufrufenden Gruppen heißt es: „In den letzten Jahren häufen sich die Nachrichten über rechten Straßenterror in Russland. (...) In vielen Städten und Regionen gibt es aktive antifaschistische Gruppen und Initiativen, die mit dieser Entwicklung nicht einverstanden sind. (...) Zunehmend sind die AntifaschistInnen jedoch nicht nur bedroht von den neofaschistischen Schlägertrupps, sondern auch Opfer staatlicher Repression. (...)“

In der Ukraine entwickelte sich eine ähnliche Situation, insbesondere nach einem Zwischenfall im April dieses Jahres, bei dem ein faschistischer Angreifer bei einer Auseinandersetzung mit AntifaschistInnen in Notwehr tödlich verletzt wurde.

„Die Reaktion der ukrainischen Politik und der Massenmedien ist skandalös: Präsident Juschenko hat am 22. April 2009 die Selbstverteidigung der Antifaschisten in Odessa als gezielten Mord verurteilt, obwohl sich die polizeilichen Ermittlungen noch in der Anfangsphase befanden (...) Die Polizei und der Geheimdienst *SBU* setzen Gewalt, Folter und andere Mittel ein, um Zeugen zu erpressen, um dadurch für die Neonazis günstige Aussagen zu bekommen“, so die Berliner Gruppen.

Eine Sprecherin der Gruppe fügt hinzu: „Es ist uns bewusst, dass es für viele Menschen auf den ersten Blick fragwürdig erscheint, dass sich AntifaschistInnen gegen den rechten Straßenterror auch körperlich verteidigen. Aber nicht nur für aktive AntifaschistInnen, sondern überhaupt für viele, die den Neonazis nicht ins Weltbild passen, ist Notwehr eine Frage des Überlebens im Alltag. Denn der Staat kann oder will diese Menschen vor den rechten Schlägerbanden nicht schützen. Wir finden es empörend, dass dann hinterher die Opfer zu Tätern gemacht werden. Deshalb rufen wir die staatlichen Organe dazu auf, Repression und Einschüchterung gegen AntifaschistInnen und andere soziale Bewegungen in Russland und der Ukraine sofort einzustellen. Und wir rufen dazu auf, dem Faschismus keinen Fußbreit nachzugeben – nicht auf der Straße, in den Köpfen und im Staatsapparat!“

Für weitere Fragen stehen wir gerne unter unten genannter Kontaktadresse zur Verfügung.

Kontakt: Lisa Neumann, Tel. 0152 27 38 79 54, email solianka@solianka.org

Der Aufruf wird unterstützt von:

Solianka - <http://solianka.org/> *RASH* - <http://www.red-skins.de/wrash/> *North-East Antifascists* - <http://nea.antifa.de/> *Youth Human Rights Movement Berlin* - <http://www.yhrm-berlin.org/> *Fanladen St. Pauli* - <http://www.stpauli-fanladen.de/> *Blunties-Antifa Ultra' Berlin* <http://www.blunties-berlin.de/start.html> *Alerta! Network* <http://alerta.bplaced.net/wordpress/> *Cable Street Beat Düsseldorf* - <http://www.csb-duesseldorf.de/> *Cable Street Beat Gütersloh* <http://csb-gt.de/> *Cable Street Beat Berlin* <http://www.csb-berlin.com/> *Rote Hilfe Düsseldorf-Neuss-Mönchengladbach, Antirassistische Initiative* <http://www.ari-berlin.org>